



Der 62-jährige Norbert K. hat als Erster in einer Polizeivernehmung die Tat gestanden. Foto: Robert Michael

„Stehen Sie bitte zu Ihrer Tat!“

Annelis Eltern appellieren im Gerichtssaal an die mutmaßlichen Mörder ihrer Tochter. Es ist ein emotionaler Prozess. Eine erfahrene Polizistin weint, sie hatte gehofft, Anneli lebend zu finden.



Der 39-jährige Mietkoch Markus B. schweigt. Laut Anklage hat er das Mädchen getötet.

VON ALEXANDER SCHNEIDER

Anneli wäre am Mittwoch 18 Jahre alt geworden. Einen Tag danach ergreift ihr Vater, Uwe Riße, im Prozess gegen ihre Mörder das Wort. „Stehen Sie bitte zu Ihrer Tat, das kann der erste Weg zur Sühne sein“, appelliert er an die beiden Angeklagten. Der Mann, der mit seiner Frau Ramona als Nebenkläger den mutmaßlichen Tätern gegenübersteht, wirft ihnen vor, sie hätten bisher keine Anzeichen von Reue oder Buße gezeigt. „Ihr Auftritt hier ist feige und erbärmlich.“

Die Vorsitzende Richterin der Schwurgerichtskammer Birgit Wiegand wartet geduldig, bis Riße endet. Dann sagt sie ruhig, es gebe Menschen, die haben nicht viel

unternehmer-Familie 1,2 Millionen Euro Lösegeld zu erpressen. B. soll die Gymnasiastin am nächsten Tag ermordet haben. Bislang wurden in dem Prozess am Landgericht Dresden nur wenige Details der Tat bekannt. Die Angeklagten schweigen.

Das Gericht muss daher zahlreiche Zeugen befragen, um sich auch das Vorleben der beiden ungleichen Männer zu erschließen. Beklemmend sind die Schilderungen der Beamten, die Norbert K. nach dessen Festnahme am Montag, 17. August, vernahmen. Eine 49-jährige Ermittlerin der Dresdner Kripo bricht nachmittags in Tränen aus, als sie beschreibt, wie sie versucht habe, den 62-jährigen zum Reden zu bringen. „Wir hofften, das Mädchen zu retten.“ Die erfahrene Kriminalhauptmeisterin

auch über die Entführung und taten ahnungslos. „Mein Eindruck war, man spricht nicht in dieser Stimmlage, wenn man nichts mit der Sache zu tun hat“, sagt die Beamtin. „Ich dachte: Jetzt, jetzt kippt es. Doch dann, nach 15 Sekunden, sagte er wieder, er habe mit der Sache nichts zu tun. Erst in einer Zigarettenpause am Nachmittag habe ihr Kollege ihn gefragt, ob das Mädchen noch lebt. Er habe geantwortet: „Er hat sie umgebracht.“

Die zweistündige Vernehmung ist nicht frei von Spannungen. K.s Verteidiger Andrej Klein kritisiert erneut, Vernehmungszeiten, Änderungen der Protokollierungen, späte Belehrungen oder die Frage, warum sich nicht in den Akten finde, dass „Gefahr in Verzug“ geherrscht habe – die Polizistin

böhla gezogen. Nach dem Tod ihres Vaters 2008 zogen sie zu ihrer Mutter in den Dreiseithof in Klipphausen-Lampersdorf. Dort, wo B. Anneli getötet haben soll.

B. sei immer der Bestimmer gewesen, beschrieb sie ihn. „Auch für mich war Gesetz, was er sagte.“ Sie habe nachgegeben, um Streit zu vermeiden. Gewalttätig sei er aber nur zum Hund gewesen. Erst später erfuhr sie jedoch von ihren Söhnen, dass B. sie mit dem Messer bedroht habe – damit sie nichts von dessen Frauengeschichten erzählen, die sie miterlebt hätten. Viel habe sie von ihm nicht gewusst, er habe einmal vier Jahre wegen Betruges im Gefängnis gesessen. B.s Familie kenne sie nicht.

Auch in Sachen Finanzen hatte B. das Sagen. Der Umzug nach Bayern im Som-

Zitat-Affäre: Anzeige gegen CDU-Politiker

Dresden. Der Streit um unangemessene Zwischenrufe im Dresdner Landtag könnte ein Fall für Sachsens Gerichte werden. Weil Landtagspräsident Matthias Rößler (CDU) im Mai-Plenum nicht dagegen vorging, dass die Linksfraktion als „Krawallbrüder“, „Partisanen“ und „Terroristen“ bezeichnet wurden, kündigte der Linkenabgeordnete Marco Böhme eine Strafanzeige gegen den CDU-Abgeordneten Frank Heidan an. Dieser soll sich entsprechend abfällig über die Linksfraktion geäußert haben.

Für Wirbel sorgt weiter, dass Sebastian Scheel (Linke) Rößlers umstrittenes Verhalten am Mittwoch mit dem bekannten Zitat „Mit Verlaub Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch!“ öffentlich im Plenum gerügt hatte. Valentin Lippmann von den Grünen: „Die parlamentarische Kultur im Landtag erreicht in letzter Zeit häufiger Tiefpunkte. Die parlamentarische Auseinandersetzung darf hart sein. Ich erwarte aber, dass persönliche Anfeindungen unterlassen werden und dagegen auch eingeschritten wird.“ Auch Dagmar Neukirch (SPD) mahnte: „Wir tun im Landtag gut daran, hart in der Sache, emotional aber eben auch mit Anstand zu diskutieren. Da sind alle in der Pflicht: Koalition, Opposition und auch der Präsident.“ Die SPD will die jüngsten Ereignisse nun mit den Parlamentarischen Geschäftsführern beraten und sie auch im Landtagspräsidium ansprechen. (SZ/igs)

NACHRICHTEN

Handelshochschule Leipzig erneut auf Spitzenplatz

Leipzig. Im Vergleich von 113 Hochschulen in Deutschland hat die private Handelshochschule Leipzig (HHL) erneut in acht von zehn Kategorien den Spitzenplatz belegt. Befragt wurden über 13 000 Studierende an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten im Herbst/Winter 2015/16. Bereits zuvor hatten HHL-Studenten in einer anderen Umfrage die enge Vernetzung mit Absolventen und Arbeitgebern, die hervorragenden Karriereoptionen und den Grün-

ße gezeigt. „Ihr Auftritt hier ist feige und erbärmlich.“

Die Vorsitzende Richterin der Schwurgerichtskammer Birgit Wiegand wartet geduldig, bis Riße endet. Dann sagt sie ruhig, es gebe Menschen, die haben nicht viel oder gar keine Empathie. Mit dieser Frage würden sich auch die beiden psychiatrischen Sachverständigen auseinandersetzen, die am Prozess teilnehmen. „Dass das ein wichtiges Datum für Sie ist, haben wir schon erkannt“, sagt die Richterin zu den Eltern.

Markus B. (39) und Norbert K. (62) wirken ungerührt. Wie schon an den vier Sitzungstagen zuvor stieren sie auf den Tisch vor sich. Sie sollen das Mädchen aus Robschütz bei Meißen am 13. August vergangenen Jahres entführt haben. Ziel war laut Anklage, von Annelis wohlhabender Bau-

nahmen. Eine 49-jährige Ermittlerin der Dresdner Kripo bricht nachmittags in Tränen aus, als sie beschreibt, wie sie versucht habe, den 62-jährigen zum Reden zu bringen. „Wir hofften, das Mädchen zu retten.“

Die erfahrene Kriminalhauptmeisterin beschreibt ihren ersten Eindruck, als sie K. sah: „Der Mensch steht unter Spannung.“ Mimik, Gestik und seine Antworten – „mein Gefühl sagte, es passte nicht“. K. habe jeden Blickkontakt vermieden, habe auffallend lange überlegt, ehe er selbst leichte Fragen beantwortete. Sie hätten den Mann damit konfrontiert, dass die DNA des Mitangeklagten an Annelis Fahrrad gefunden wurde. Sie hielten ihm das 14-minütige Telefonat vor, das B. mit K. am Abend zuvor geführt hatte – B. habe schon in einer „zynischen Art“ versucht, K. zu beruhigen. Die Männer unterhielten sich

frei von Spannungen. K.s Verteidigerin Andrej Klein kritisiert erneut, Vernehmungzeiten, Änderungen der Protokollierungen, späte Belehrungen oder die Frage, warum sich nicht in den Akten finde, dass „Gefahr in Verzug“ geherrscht habe – die Polizistin scheint, als verstehe sie die Welt nicht mehr. Sie entgegnet, alle hätten bis zuletzt versucht, ein lebendes Mädchen zu finden. Als Verteidigerin Ina Becherer auch noch fragt, ob es üblich sei, Beschuldigte in Pausen weiter zu befragen, platzt es aus Annelis Vater heraus: „Ja wann denn sonst!“

Am Vormittag befragte Richterin Birgit Wiegand, die Vorsitzende der Schwurgerichtskammer, ausführlich die Noch-Ehefrau von Markus B. Die 33-jährige habe B. 2004 in einem Heidelberger Hotel kennengelernt, er war Chefkoch, sie im Service. Noch im gleichen Jahr seien sie nach Wein-

erzählen, die sie miterlebt hätten. Viel habe sie von ihm nicht gewusst, er habe einmal vier Jahre wegen Betruges im Gefängnis gesessen. B.s Familie kenne sie nicht.

Auch in Sachen Finanzen hatte B. das Sagen. Der Umzug nach Bayern im Sommer 2015, der Hauskauf, der samt Anschaffungen und Handwerkerleistungen etwa eine halbe Million Euro kostete, habe ihr den Boden unter den Füßen weggerissen, sagte sie. Ihr Mann habe jahrelang getan, als erwarte er nach dem Tod seiner Mutter eine millionenschwere Erbschaft. Bis zuletzt habe B. so getan, als habe er mit der Entführung nichts zu tun. Als er am Sonnabend, 15. August aus Lampersdorf ins neue Haus bei Bamberg kam, habe er gefragt, ob sie schon von der Entführung gehört hätten. Der Prozess wird am heutigen Freitag fortgesetzt.

Campingplätze mit Besucherrekord

Kamenz. Sachsens Campingplätze haben im vergangenen Jahr einen Besucherrekord erzielt. Auf den landesweit 104 geöffneten Plätzen seien insgesamt mehr als 200 000 Ankünfte gezählt worden, teilte das Statistische Landesamt am Donnerstag in Kamenz mit. Das seien so viel wie noch nie. Im Vergleich zum Vorjahr sei es ein Plus von 4,4 Prozent. Auch die Zahl der Übernachtungen stieg demnach um 4 Prozent auf 636 000. Damit hätten die Campingplätze deutlich stärker zugelegt als der Rest des Beherbergungsgewerbes.

Am beliebtesten waren Plätze mit 50 bis 100 Stellplätzen. Sie verzeichneten den Angaben zufolge einen Zuwachs von rund

30 Prozent im Vergleich zur Saison 2014. Ganz vorn lagen die 23 Campingplätze im Sächsischen Burgen- und Heidefeld mit Steigerungsraten von 39 Prozent bei den Gästen und 38 bei der Zahl der Übernachtungen.

In diesem Jahr macht offenbar das unbeständige Wetter Probleme. Während die Werte bis März noch über den Vorjahreszahlen gelegen hätten, habe es im April einen Einbruch um circa 40 Prozent gegeben. Insgesamt haben laut Landesamt in den ersten vier Monaten rund 9 000 Campinggäste knapp 31 000 Übernachtungen gebucht – gut 12 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. (dpa)

Streit um Braunkohle-Folgekosten

Dresden. Die Grünen und Linken pochen auf eine Absicherung der Steuerzahler für Risiken aus dem Braunkohletagebau. Die schwarz-rote Koalition hingegen sieht über bestehende gesetzliche Regelungen hinaus dafür keinen Bedarf. Das ist das Fazit einer Debatte über Folgekosten des Bergbaus am Donnerstag im Sächsischen Landtag. Die Grünen hatten sie beantragt und verwiesen auf eine Studie, die hohe Risiken für öffentliche Haushalte offenbart.

„Niemand will Unternehmen unterstellen, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkommen zu wollen“, sagte der Abgeordnete Gerd Lippold (Grüne). Die Frage sei aber, ob sie es noch könnten. Lippold

nannte unter anderem Haftungsgrenzen im Insolvenzfall. Es gebe zunehmende Risiken für die Gesellschaft, auf den Folgekosten des Braunkohlengeschäfts sitzen zu bleiben. Deshalb müsse Sachsen von den Betreibern Sicherheitsleistungen fordern.

Ein leicht umsetzbarer Schritt für die Regierung wäre, das Oberbergamt anzuweisen, Betriebspläne nur noch gegen Sicherheitsleistungen zu genehmigen, sagte Lippold. Das sei längst möglich und für sonstige Bergbauvorhaben auch üblich. Nur von der Braunkohle sei das bislang nicht verlangt worden. „Diese Praxis muss im Interesse der öffentlichen Haushalte umgehend beendet werden.“ (dpa)

Minister Ulbig scheitert mit Abmahnung gegen Polizei-Professor

Der Chef der Polizeihochschule bekommt vor Gericht recht. Er darf auch seinen Dienstherrn öffentlich kritisieren.

VON FRANK SEIBEL
UND KARIN SCHLOTTMANN

Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) ist mit seinem Vorgehen gegen den Leiter der Polizeihochschule in Rothenburg, Dieter Müller, gescheitert. Das Arbeitsgericht Bautzen gab gestern Abend einer Klage des Polizeiwissenschaftlers gegen eine Abmahnung statt. Der Innenminister hatte die Abmahnung im März dieses Jahres mit der Drohung verbunden, bei einem weiteren Vergehen eine Kündigung auszusprechen.

Das Vergehen: Dieter Müller hatte sich in Medieninterviews und auf seiner per-

Freistaat bewerten sollte. Unqualifiziert nannte Müller dieses Gutachten. Im Kern geht es dabei um die Frage, wie viele Polizisten Sachsen braucht. Tausend Stellen mehr seien ausreichend, hieß es in dem Papier – doch Müller sagt, dass es mindestens 2 000 zusätzliche Beamten geben müsse.

Mehrere Formulierungen des Polizei-professors wurden vom Ministerium als Rücktrittsforderungen gegen Markus Ulbig gewertet. So hatte sich Dieter Müller unter anderem öffentlich gewünscht, dass der Innenminister ein Jurist sein sollte; das ist Ulbig nicht. Als im Januar der Hamburger Innensenator zurückgetreten ist, postete er auf Facebook: „So schnell kann's gehen. Ich lebe wohl im falschen Bundesland.“ So hatte Richterin Marion Klabunde die Vorfälle zusammengefasst, um die es in dem Prozess ging. Bis zum Schluss der Verhandlung waren beide Parteien unversöhnlich.

Alein der Umstand, dass es Müller gleich auf einen öffentlichen Prozess vor



Das wird man doch noch sagen dürfen: Professor Dieter Müller kritisiert seinen Dienstherrn, den Innenminister. Und bekommt beim Arbeitsgericht recht.

Foto: Wolfgang Wittchen

habe zuvor die Hand zum Gespräch angeboten. Müllers Rechtsanwalt Florian Berthold aus Bautzen reagierte spitz: Die ausgestreckte Hand habe eine Abmahnung überreicht und nicht ein Gesprächsangebot signalisiert. Müller und seinem Anwalt ging es

um die Hand zum Gespräch angeboten. Müllers Rechtsanwalt Florian Berthold aus Bautzen reagierte spitz: Die ausgestreckte Hand habe eine Abmahnung überreicht und nicht ein Gesprächsangebot signalisiert. Müller und seinem Anwalt ging es

um die Hand zum Gespräch angeboten. Müllers Rechtsanwalt Florian Berthold aus Bautzen reagierte spitz: Die ausgestreckte Hand habe eine Abmahnung überreicht und nicht ein Gesprächsangebot signalisiert. Müller und seinem Anwalt ging es

de an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten im Herbst/Winter 2015/16. Bereits zuvor hatten HHL-Studenten in einer anderen Umfrage die enge Vernetzung mit Absolventen und Arbeitgebern, die hervorragenden Karrieremöglichkeiten und den Grün-dergeist an der Hochschule gelobt. (SZ)

28 Anmeldungen für fünfte Klasse bei „Schulrebelln“

Seiffhennersdorf. Zum ersten Mal seit 2012 verabschiedet sich an diesem Freitag wieder eine fünfte Klasse der Oberschule in Seiffhennersdorf in die Sommerferien. „Auch für das kommende Schuljahr sind 28 Mädchen und Jungen für die Schule angemeldet“, sagte eine Sprecherin der Sächsischen Bildungsagentur. Die Planung für die Absicherung des Unterrichts laufe derzeit. Bekannt wurde die Seiffhennersdorfer Schule durch ihre „Schulrebelln“. Die Stadt wehrte sich erfolgreich gegen die Schließung ihrer Schule. (dpa)

Dresdner erfolgreich bei Fremdsprachenwettbewerb

Dresden. Beim diesjährigen Bundeswettbewerb Fremdsprachen in Hannover haben drei Schüler aus Dresden den zweiten Platz belegt. Die Neuntklässler des Romain-Rolland-Gymnasiums konnten sich gegen 32 Teams durchsetzen und erhielten ein Preisgeld von 300 Euro, teilte das sächsische Staatsministerium für Kultus am Donnerstag mit. Die Dresdner überzeugten die Jury mit einem zweisprachigen Film in Englisch und Französisch. Nächstes Jahr findet der Bundeswettbewerb in Dresden statt. (dpa)

Landtag will EU-Gesetzgebung rügen

Dresden. Der Sächsische Landtag möchte Geschichte schreiben und hat erstmals eine sogenannte Subsidiaritätsrüge auf den Weg gebracht. Mit einer solchen Rüge können die nationalen Parlamente Stellung zu laufenden Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Union beziehen. Im konkreten Fall geht es um die AVMD-Richtlinie. Das Kürzel steht für audiovisuelle Mediendienste. Die EU will damit die bisherige Fernsehrichtlinie modernisieren.

Nach Ansicht aller Fraktionen betreffen Teile der geplanten Richtlinie Gesetzgebungskompetenzen des Sächsischen Landtages. Mit dem am Donnerstag eingebrachten Antrag der schwarz-roten Koalition wird die sächsische Regierung aufgefordert, im Bundesrat aktiv zu werden. Zugleich erhält Landtagspräsident Matthias Rößler (CDU) das Mandat, die Position des sächsischen Parlaments in Brüssel zu vertreten. Eine große Mehrheit der Landtags-